



AUSGABE 04/2023 – 25. MAI

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

die Koalition von CDU und Grünen, die derzeit in Hessen regiert, hat sich auseinandergelebt. Dass es kaum noch Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern gibt, ist in der zurückliegenden Plenarwoche des Hessischen Landtags wieder einmal deutlich geworden:

Das Hessische Naturschutzgesetz, das der Landtag mit den Stimmen von CDU und Grünen beschlossen hat, bleibt weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre – und was im Parteiprogramm der Grünen steht. Am Ende stand ein schlechter Kompromiss, dem wir als SPD-Fraktion nicht zustimmen konnten.

Auch in der von uns beantragten Aktuellen Stunde zur Energiewende und zur Wärmestrategie war unübersehbar, wie groß die Differenzen zwischen CDU und Grü-

nen sind, deren gemeinsame Regierungszeit in diesem Herbst zu Ende geht. Die Attacken der CDU auf den eigenen Koalitionspartner, der in der Bundesregierung das Gebäudeenergiegesetz (GEG) verantwortet, legen nahe, dass der Vorrat an Gemeinsamkeiten aufgebraucht ist.

Über unsere Positionen zu diesen und den anderen Themen, die wir in der zurückliegenden Plenarwoche im Hessischen Landtag behandelt haben, informieren wir Sie auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Günter Rudolph



MERZ HAT EUROPA NICHT VERSTANDEN

REGIERUNGSERKLÄRUNG



Die Europapolitik von Schwarzgrün sei wie der Titel der Regierungserklärung „Hessen in Europa – Europa in Hessen“, nämlich ohne Ambitionen, kritisierte die europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sabine Waschke, in ihrer Rede zur Regierungserklärung von Europaministerin Puttrich. „Die Europawochen sind jedes Jahr eine gute Gelegenheit, für die europäische Idee zu werben.

Besonders in Zeiten von Krisen erkennen wir, wie wichtig ein geeintes Europa ist. Auf der einen Seite wurden Grenzen innerhalb der EU geschlossen, um die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Auf der anderen Seite sind Menschen innerhalb Europas auf der Flucht vor Krieg und Elend.“ Frieden und Freiheit seien keine Selbstverständlichkeiten mehr. Die SPD stehe für ein Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stelle. In diesen Tagen brauche es eine handlungsfähige und entschlossene Europäische Union. Diese Werte und auch die Rede von Europaministerin Puttrich habe der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz bei seinem Besuch der CDU-Landtagsfraktion ad absurdum geführt. „Ohne Not lobt Herr Merz im Beisein von Minis-

terpräsident Rhein die Unterschriften-Kampagne der hessischen CDU von 1999. Eine Kampagne, die die Grundwerte und die Idee der Europäischen Union konterkariert. Wer diese verstaubten Debatten immer noch lobt, der hat Europa nicht verstanden. Sagen Sie ihrem Parteivorsitzenden, dass Populismus niemals ein Weg nach vorne ist. Die SPD steht für eine weltoffene, pluralistische und demokratische Gesellschaft. Für ein modernes Europa, das Krisen solidarisch begegnet. Wir brauchen in Hessen eine Europapolitik mit Haltung“, so die SPD-Abgeordnete Sabine Waschke. Die SPD werde in Regierungsverantwortung der Europa-Politik einen wesentlich höheren Stellenwert geben und sich stärker für europäische Belange im Bundesrat engagieren.

HESSEN KANN MEHR

Auf Antrag der SPD hat der Hessische Landtag über eine Arbeitswelt der Zukunft debattiert. „Wie wichtig solidarische und geeintes Handeln ist, haben uns die vergangenen Jahre deutlich vor Augen geführt. Hessen kann man mehr als das, was wir von Schwarzgrün geboten bekommen. Hessen braucht eine Strategie, wie die Veränderungen auf dem Weg in die Arbeitswelt von morgen politisch begleitet und gestaltet werden können. Eine Arbeitswelt, die für jede und jeden gerecht, die solidarisch und sicher ist, kann es nur als Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Verständigung geben. Solch einen Prozess zu organisieren, zu strukturieren und zu moderieren, nennt man

Politik – und das ist leider genau das, was die Landesregierung verweigert“, erklärte die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin Lisa Gnadl. Es sei die Aufgabe einer verantwortungs- und problembewussten Landesregierung, Sicherheit zu geben und Vertrauen zu schaffen. Dazu gehöre aus sozialdemokratischer Sicht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umbruch zu unterstützen, ihre Interessen im Blick zu behalten und ihre Rechte zu schützen und zu stärken. „Das Kernstück unserer Politik für die Arbeitswelt von morgen ist ein hessischer Transformationsfonds. Nur so kann der Wandel verträglich gestaltet werden. Wir haben



dazu eine Reihe von zielführenden Maßnahmen zusammengetragen. Damit machen wir deutlich: Die SPD gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort, wie gute Arbeit gestaltet werden kann – mit guten Ausbildungsbedingungen, einer wirksamen Mitbestimmung und gerechten Tarifverträgen. Darauf kommt es an – jetzt und in der Zukunft“, so Gnadl.

KLIMANEUTRALITÄT SOZIAL UND GERECHT GESTALTEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Günther Rudolph hat der CDU vorgeworfen, die Energiewende und einen sinnvollen Klimaschutz zu boykottieren. Die CDU betreibe eine plumpe Kampagne gegen das geplante Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung, statt sich konstruktiv an den Bemühungen um den Klimaschutz zu beteiligen. „Das Ziel ist, Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu machen. Deswegen müssen die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. Wenn das Generationenprojekt namens ‚Energiewende‘ gelingen soll, dann müssen die demokratischen Parteien gemeinsam an sinnvollen Lösungen arbeiten“, sagte Rudolph. Zur Energiewende gehöre auch, das Heizen klimaneutral zu machen. Genau das sei das Ziel des Gebäudeenergiegesetzes: „Wir wollen eine sozial ausgewogene, gestaffelte Förderung bei der Umstellung der Heizungen. Wir wollen eine kostenlose Beratung sicherstellen, an deren Ende ein individueller Sanierungsfahrplan steht. Und wir werden die Umsetzungsfristen so gestalten, dass Überforderungen vermieden werden. Denn wenn sie nicht sozial und gerecht gestaltet wird, kann die Energiewende nicht gelingen.“

MIGRATIONS-POLITIK

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag unterstützt die Forderung, mit Moldau und Georgien zwei weitere Staaten als „sichere Herkunftsländer“ einzustufen. In der Plenardebatte verwies die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heike Hofmann, auf die geringe Anerkennungsquote bei Asylanträgen von Menschen aus diesen Ländern. Hofmann betonte, dass das Individualrecht auf politisches Asyl mit der Erweiterung nicht konterkariert werde. „Die Einordnung von Georgien und Moldau als ‚sichere Herkunftsstaaten‘ nimmt niemandem das individuelle Recht auf politisches Asyl“, sagte Hofmann.



WOHLFAHRTSINDEX

In der aktuellen Stunde der Grünen diskutierte der Hessische Landtag über den sogenannten „regionalen Wohlfahrtsindex“. „Das Wohl der hessischen Bürgerinnen und Bürger steht für uns an vorderster Stelle. Und so kurz vor der Landtagswahl scheint nun auch die Landesregierung die Lebensqualität der Hessinnen und Hessen für sich entdeckt zu haben. Dabei ist der ‚Regionale Wohlfahrtsindex‘ für Hessen nur ein Pflichtprojekt aus dem Koalitionsvertrag, der



noch schnell abgearbeitet werden muss“, erklärte dazu der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert. Der „Regionale Wohlfahrtsindex“ sei fragwürdig ausgestaltet. Kennzahlen mit ausschließlich politischer Setzung könnten nur das gewünschte Ergebnis des Auftraggebers widerspiegeln, nicht aber die Realität der Menschen. „Hessen braucht ehrliche und vor allem vergleichbare Zahlen“, so Eckert.

LAND MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

„Statt den Kommunen eine auskömmliche Finanzierung zu lassen, muss für alles Anträge gestellt und Ressourcen bereitgestellt werden“, sagte die SPD-Abgeordnete Gisela Stang in ihrer ersten Rede im hessischen Parlament. Das sogenannte Kinderförderungsgesetz sei ein klassisches Beispiel dafür, wie das Land mit seinen Kommunen umgehe: „Standards setzen und dann nicht auskömmlich finanzieren.“ Damit sei die Qualität der Kinderbetreuung abhängig von der Kassenlage der jeweiligen Kommune. „So erfüllen wir nicht den grundgesetzlichen Anspruch an gleichwertige Lebensverhältnisse“, sagte Stang. Die Landesregierung müsse ein echtes Bewusstsein für Verantwortung entwickeln und sich zur Wichtigkeit von frühkindlicher Erziehung bekennen. „Das Land muss endlich eine echte Verantwortung bei den Betriebskosten übernehmen – und zwar richtig“, forderte Stang.



PATIENTEN BESSER VERSORGEN

KREBSREGISTER



„Mit dem Krebsregistergesetz lässt sich die Behandlung einer der häufigsten und heimtückischsten Erkrankungen verbessern“, stellte Dr. Daniela Sommer anlässlich der Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Krebsregistergesetzes fest. Bereits bei der letzten Novellierung seien jedoch Schwächen benannt worden, was CDU und Grüne nicht zu Nach-

besserungen ermuntert habe, sodass weiterhin eine Verbesserung der Verfahren, der Abbau bürokratischer Hürden sowie Fragen der Finanzierung durch CDU und Grüne verhindert würden. „Der zusätzliche Mehraufwand in den Personal- und Sachkosten wird nicht angemessen berücksichtigt. Diese Än-

derung hätte dafür sorgen können, dass Hessen ein vollständiges und flächendeckendes Krebsregister gewährleisten kann. Zudem muss der Ausbau der Forschungsprojekte, aber auch einer guten, flächendeckenden Versorgung, oberste Priorität haben. Das Krebsregister ist gut, kann aber nur ein Anfang sein. Die Landesregierung ist gut beraten, weitere Nachbesserungen vorzunehmen“, so Dr. Sommer.

MOBILFUNK FÜR ALLE



„Bei Anzu-
h ö r e n d e n
stieß das
zeitlich län-
gere tempo-
räre Aufstellen
von Mobilfunk-
masten, die nähere
Errichtung zu Straßen sowie das
genehmigungsfreie Platzieren von
größeren Technik-Containern auf
Zustimmung. Wir haben darauf-
hin unser Gesetz nachgebessert.
Der schwarzgrüne Gesetzentwurf
hingegen ist eine Mogelpackung“,
erklärte Digitalpolitiker Bijan Kaf-
berger. Der Entwurf von CDU
und Grünen stehe dem Ziel eines
zügigen Ausbaus entgegen. „Die
Wirtschaft braucht gut ausgebaut
Mobilfunknetze für innovative
Geschäftsmodelle. Mobilfunk-
empfang ist digitale Daseinsvor-
sorge, doch CDU und Grüne brem-
sen nur, statt zu beschleunigen.“

STÄDTE UND GEMEINDEN ORDENTLICH AUSSTATTEN

STADTENTWICKLUNG



Der Hessische Landtag hat sich mit Hessens Förderlandschaft für Stadtentwicklungsmaßnahmen beschäftigt. „Die hessischen Kommunen liegen bei der Gesamt-

verschuldung auf dem vierten Platz unter den Bundesländern, bei den Investitionskrediten liegt Hessen mit durchschnittlich circa 2049,- Euro pro Kopf sogar an der Spitze. Unsere Kommunen sind gerade bei dringend notwendigen Investitionen eher handlungsunfähig“, sagte Knut John in der

Debatte. Die Absicht der Landesregierung sei allerdings sehr klar: „Die Förderbescheidpolitik dient allein der PR-Maschinerie. Förderprogramme müssen mit hohem

bürokratischen Aufwand durch die Kommunen beantragt werden und binden so Arbeitskraft. Kommunale Mitarbeitende bewältigen das Arbeitspensum nur noch mit einem immensen Überstundenaufwand.“ Dabei beziehe sich der Großteil der Förderungen auf Studien oder Konzepte, die weder ergebnisorientiert, durchführbar, noch finanzierbar seien. „Der ländliche Raum braucht Behörden und Bildungseinrichtungen, oder gar ein Ministerium. Das würde den ländlichen Raum beleben, Einwohner anziehen und Geld in die kommunalen Kassen spülen“, so John.

DEMOKRATIE LEBT VON BETEILIGUNG

Die SPD-Landtagsfraktion will die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden stärken. Dazu hat die Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt der in Erster Lesung diskutiert wurde. „Städte und Gemeinden haben eine elementare Bedeutung für unser Zusammenleben, denn das tägliche Leben spielt sich in der Kommune ab. Es ist wichtig, dass viele Menschen an den Prozessen innerhalb der Gemeinden beteiligt werden. Demokratie lebt von Beteiligung“, sagte Lisa Gnadl in der Debatte. Zum einen sollen Kinder- und Jugendliche stärker an den kommunalen Entscheidungen teilhaben können. Ihre Stimme sei in der Vergangenheit zu wenig gehört worden. „Deswegen wollen wir



die Verpflichtung zur Beteiligung von Kinder und Jugendlichen bei den gemeindlichen Entscheidungen. Die genaue Ausgestaltung der Beteiligungsform soll der Gemeinde überlassen werden. Wichtig ist uns aber, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Dafür soll ihnen ein Antrags- und Anhörungsrecht eingeräumt werden“, so Gnadl. Aber auch ältere Menschen müssten stärker am politischen Willensbildungsprozess in den Kommunen beteiligt werden: „Unser Gesetzentwurf regelt deswegen auch eine verpflichtende Beteiligung dieser Gruppe durch die Einrichtung von Seniorenbeiräten.“ Zudem sollen die Rechte der Ausländerbeiräte gestärkt werden.

HESSISCHES NATURSCHUTZGESETZ

Der Hessische Landtag hat in Dritter Lesung das Hessische Naturschutzgesetz beschlossen. Gernot Grumbach machte in seinem Redebeitrag die mangelnde Qualität des Gesetzes deutlich. „Mit den marginalen Änderungen der Landesregierung bleibt das Gesetz weit hinter den Erwartungen und den Notwendigkeiten zurück. Deshalb hatten wir selbst Änderungen vorgeschlagen. Unter anderem die Einführung eines Indikators zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen im Hinblick auf die biologische Vielfalt. Ebenso hatten wir vorgeschlagen, dass die sogenannten möglichen Ausgleichsmaßnahmen zukünftig in einem Umkreis von 25 Kilometern um den Ort des Eingriffs erfolgen müssen. So aber bleibt der Eindruck, dass die CDU das Naturschutzgesetz nicht richtig gewollt hat – und dass die Grünen nicht so konnten, wie sie wollten“, sagte Grumbach.



LANDESAKTIONSPLAN



„Seit Jahren wächst der Anteil der in Armut lebenden Menschen in Hessen stärker als in anderen Bundesländern. Die Armutsquote liegt in Hessen über dem Bundesdurchschnitt – besonders betroffen sind Alleinerziehende und Kinder“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg, in der Debatte

über einen Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut. Das zeige der Landessozialbericht. Dabei sei auffällig, dass sich die Suche nach bezahlbarem Wohnraum dramatisch verschlechtert habe. Zudem habe die Pandemie die von Armut betroffenen Menschen in besonderer Weise vor Herausforderungen gestellt. „Aus den Erhebungen des Landessozialberichts geht hervor, dass in Hessen keine Maßnahmen erfolgen.“ Der Landessozialbericht müsse als Grundlage für Steuerung und Planung verstanden werden. „Aber Steuerung und Planung sind bei CDU und Grünen leider Fehlanzeige“, kritisierte Gersberg.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Isabel Kunkel,
Cord Wilke.

BILDER:

Angelika Aschenbach,
Christof Mattes.